

# Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsbain, Ammeleibain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsain, Groß- und Kleinsteinbach, Klinga, Löhra, Lindhardt, Domshain, Standorf, Threna u. a.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Umweltkommunen in Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgebühr monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltenen Petitsäule 20 Pf., amaliät 50 Pf., Reklametafel (Säule) 50 Pf. Tafell. Säule 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Schreiber nicht haftbar.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götz & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 26

39. Jahrgang

## Amtliches.

### Offizielle Aufforderung zur Geltendmachung von Ansprüchen aus erloschenen Sparkassenbüchern.

Nach § 4 der Dritten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben vom 30. Juli 1927 sind Auszahlungen, die nach dem 14. Juni 1922 auf Sparkassenbücher von den unterzeichneten Stadtsparkassen bewirkt worden sind, nicht mehr zum Nennbetrag auf den Nennbetrag, sondern nur noch dem Goldmarkbetrag am Auszahlungstag anzutreten.

Dadurch werden zahlreiche Sparkonten aufwertungsberechtigt, deren Bestand nach dem 14. Juni 1922 abgehoben worden war und die deshalb nach den bisherigen Vorschriften als erloschene Konten nicht aufzutragen waren. Wer machen die Inhaber solcher erloschener Sparkonten auf ihre Aufwertungsansprüche hierdurch aufmerksam und fordern sie noch § 6 der obengenannten Verordnung auf, innerhalb eines Jahres, vom 1. Juli 1928 an gerechnet, also spätestens bis 30. Juni 1929, bei derjenigen unterzeichneten Sparkasse, wo das betr. Konto geführt worden ist, schriftlich oder mündlich den Nachweis ihrer Berechtigung zur Empfangnahme des betr. Sparguthabens zu erbringen. Sie müssen also nachweisen, daß ihnen der Anspruch auf das aufgewertete Sparguthaben zusteht.

Zur Vermeidung von Missverständnissen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur die Gläubiger den Nachweis ihrer Berechtigung zu führen haben, deren Ansprüche unter den fehlenden Vorschriften erloschen sind, aber nach § 4 der Dritten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben vom 30. Juli 1927 wieder auftreten (erloschene Konten). Auf alle anderen Aufwertungsgläubiger bezicht sich diese Aufforderung nicht.

Die Stadträte (für ihre Sparkassen) in  
Brandis, Grimma und Naunhof,  
am 23. Juni 1928.

Eingegangen sind Sächsisches Gesetzblatt 12. und 13. Stück vom Jahre 1928, Reichsgesetzblatt Teil 1 Nr. 14—15 vom Jahre 1928, Teil 2 Nr. 12—17 vom Jahre 1928.

Sie liegen 14 Tage zu jedermann's Einsicht im Rathause hier, Rangrei. Zimmer 8, aus. Auf die im Rathauseingang aus-hängende Bekanntmachung wird besonders hingewiesen.

Naunhof, am 23. Juni 1928. Der Stadtrat.

In dieser Stadt ist ein junger schwärzbrauner Schäferhund, ohne Halsband und Zeuerzeichen, zugelaufen. Der rechtmäßige Eigentümer des Hundes wird aufgesucht, seine Ansprüche bis längstens den 26. d. M. vormittags 9 Uhr geltend zu machen. Nach dieser Frist wird über den Hund von hieraus verfügt werden.

Naunhof, am 23. Juni 1928. Der Stadtrat.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Arden & Kutz, Möbelfabrik Aktiengesellschaft in Leipzig (gewerbliche Niederlassung in Naunhof) wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Grimma, am 16. Juni 1928.

## Grasversteigerung.

### Naunhofer Staatsforstrevier.

Das im Naunhofer Walde ansiedelnde

### Leifersling-Gras

soll Freitag, den 29. Juni 1928, unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen plakative Art und Stelle versteigert werden. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr an der Bahnhofswarte Schulte (bisher Auerbach) an Abteilung 6. Verzeichnisse über die zur Versteigerung kommenden Graspläne versendet sofortens das Sächs. Forstamt Naunhof (Fz. Leipzig), Fernsprecher Nr. 42 Amt Naunhof.

Forstamt Naunhof, am 21. Juni 1928.

## Politisches Unbehagen.

Der phantastische Rechenschaft. — Die heiße Suppe. — Die Revolverschüsse in der Skupstchina.

Die Bemühungen um die Neubildung einer Reichsregierung rücken auch diesmal nur langsam vom Bild. Nach den Wahlen vom 20. Mai schien nichts selbstverständlich zu sein als die Herstellung einer nationalen, sicherer, um die größte Partei, die Sozialdemokratie, gruppierten Mehrheit der Linken; und doch zeigt es sich, daß der phantastische Rechenschaft wieder einmal ungleich flüster, aber auch unglaublich leichtfertig gearbeitet hatte, als die grausamen Tatsachen es in der Welt der Wirklichkeit zu lassen. Und umgedreht: Nach den französischen Kammerwahl von Ende April war sich alle Welt darüber einig, daß sie einen ausgesprochenen Sieg des Ministerpräsidenten zu bedeuten hätten, der danach so ähnlich in allen Dingen der Innen- und Außenpolitik die neue Volksvertretung in ferner geschichteten Händen haben würde. Raum aber hat die Kammer die ersten Schritte hinunter sich, da sieht man schon, daß auch hier das Gegenteil sich erfüllen zu wollen scheint. Die Entscheidungen fallen gegen Poincaré, der auch seine Verantwortung über diese unerwarteten Enttäuschungen durchaus nicht hinterstaatmännischen Geschletern zu verbergen sucht.

Sonnabend, den 23. Juni 1928

## Die Große Koalition gescheitert

### Bruch zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten.

Kommt die Weimarer Koalition?

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Reichsregierung auf der Grundlage der sogenannten Großen Koalition sind gescheitert, da der Abgeordnete Scholz im Namen der Deutschen Volkspartei an der Forderung auf sofortigen Baubeginn des Panzerkreuzers, den Wahl eines anderen Tages als 11. August für den Nationalfeiertag und die Zusage des sofortigen Beginns der Umbildungsverhandlungen der preußischen Regierung, und zwar bis zum Juli, festhielt, und der Abgeordnete Müller-Franken diese Forderungen in der Sitzung der sechs Fraktionsführer, die am Freitag im Reichstag tagte, nachdem sich die Beratungen im Ausschuss der 22 den zukünftigen Regierungsparteien angehörenden Abgeordneten als erfolglos erwiesen hatten, ablehnte. Der Abgeordnete Müller-Franken ist an die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei nunmehr herangetreten, um den Versuch der Neubildung der Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition zu machen.

Über diese wichtige innenpolitische Begebenheit werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Besprechung des Abgeordneten Müller-Franken mit den Führern der für die Große Koalition in Betracht kommenden Reichstagsfraktionen dauerte eine halbe Stunde. Da der Abg. Dr. Scholz in dieser Besprechung fast allen Forderungen der Deutschen Volkspartei festhielt, insbesondere an dem sofortigen Baubeginn des Panzerkreuzers, an der Ablehnung des 11. August als Nationalfeiertag und an der Forderung, daß die anderen Parteien der Deutschen Volkspartei die Sicherung machen sollen, daß Verhandlungen zur Umbildung der preußischen Regierung sofort aufgenommen und noch im Juli zum Abschluß gebracht werden, erklärte Abg. Müller-Franken, unter diesen Umständen spreche er sich von weiteren Verhandlungen über die Große Koalition keinen Erfolg mehr. Er werde mit den Parteiführern nunmehr über eine Regierungsbildung aus anderer Grundlage in Verhandlungen eintreten. Nachdem daraufhin der Abg. Dr. Scholz die Sitzung verlassen hatte, bot Abg. Müller-Franken die anderen Parteiführer, nämlich die Abg. Weis (Soz.), v. Guérard (Btr.), Koch (Dem.) und Leicht (Bayer. Vo.), bei ihren Fraktionen eine Entscheidung darüber herzuholen, ob sie zu Verhandlungen auf der Grundlage der sogenannten Weimarer Koalition bereit seien. Die Parteiführer begaben sich hierauf zur Beratung über diese neue Lage zu ihren Fraktionen.

Auch bei den Beratungen über die Bildung der Weimarer Koalition durften sich große Schwierigkeiten ergeben, da zwischen Sozialdemokraten und Bayerischer Volkspartei auch sehr harte arbeitsfähige poli-

tische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, die Bayerische Volkspartei aber unbedingt zur Regierung mit hinzugezogen werden muß, wenn die Weimarer Koalition auch nur über eine kleine Mehrheit verfügen will. Vor allem ist es die Frage des Nationalfeiertages, der die Sozialdemokraten auf den 11. August, den Tag der Annahme der Weimarer Verfassung, gelegt wissen wollen, während die Bayerische Volkspartei sich gegen diesen Nationalfeiertag ausspricht. Bekanntlich hat der Vertreter Bayerns bei den Verhandlungen im Reichsrat, der sich mit dieser Frage schon vor den Wahlen beschäftigt, sich dort gegen die Annahme des 11. August als Nationalfeiertag ausgesprochen. Aber auch auf steuerlichem Gebiete bestehen zwischen den Extremen der Weimarer Koalition starke Differenzen.

Im allgemeinen wird die Lage des Abg. Müller-Franken ziemlich pessimistisch angesehen und schon in nächster Zeit wird er sich entscheiden, ob er nicht den ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag zur Bildung einer neuen Reichsregierung wieder in die Hände Hindenburgs zurückgeben wird.

### Richt vor dem 10. Juli.

Führende Mitglieder der preußischen Koalitionsparteien haben sich bemüht, festzustellen, ob von diesen Parteien der Deutschen Volkspartei eine bestimmte Zusicherung für die Bildung der Großen Koalition in Preußen im Herbst gegeben werden können. Dabei ergab es sich, daß vor Wiederzusammentritt des Landtages am 10. Juli eine entsprechende Stellungnahme der beteiligten Fraktionen nicht zu erreichen ist.

### Deutsche Volkspartei und Zentrum zur Regierungstrüfe.

Berlin. Von volksparteilicher Seite wird zu den mißlungenen Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei bereit gewesen wäre, der Forderung der Sozialdemokratie auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums in Ausführung der lex Brünning infolge Rechnung zu tragen, und sich mit einer Prüfung der Frage in Zusammenhang mit den von ihr gestellten Forderungen auf Sitzung auch der veralteten Einwohnersteuer in den unteren und mittleren Stufen der allgemeinen und Realsteuern einverstanden erklärt hatte. Zur Frage der Festlegung des 11. August als gesetzlichen Feiertag war es der Fraktion unmöglich, ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben. Ein Vorschlag, den bisherigen Juvald bezüglich der Art der Feier des Verfassungstages im Wege der Gesetzgebung festzulegen, hätte den Wunsch weiterer Volksparteien auch der anderen Parteien entsprochen.

Die Gesamtfraktion des Zentrums des Reichstages ist ebenso wie der Reichsparteiausschuß für Montag nach Berlin berufen worden, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Dies ist dem Abg. Müller-Franken mitgeteilt worden. Vor Dienstag dürften also kaum neue innerpolitische Entscheidungen fallen.

Zumal er sich mit „...en fast unglaublichen Dummheiten in der elßäffischen Frage“ eine Suppe eingebrockt hat, die ihm noch heiß genug auf der Zunge brennen wird. Erst zehn Jahre weht die Tricolore über dem schönen Vogtland. Wenn aber die Stimmungsberichte aus Straßburg und Kolmar nicht trügen, brennt es nachgerade lichterloh in den Gemütern dieser bei der Wiedervereinigung so lärmisch begrüßten und mit den vollständigsten Verhältnissen ans Herz gedrückten Kinder Frankreichs. Das Ministerium Poincaré wird freilich über den durch dieses Missgeschick angerichteten Hader nicht zu Bruch gehen; vorläufig wenigstens wird die nunmehr in ihr letztes Stadium eintretende Stabilisierung des Frankreichs die öffentliche Aufmerksamkeit wieder anderen Dingen zuwenden. In der Stille aber wird das berühmte elßäffische „Unbehagen“, das uns Deutschen so viel zu schaffen gemacht hat, ohne daß es, sei es durch Milde, sei es durch Strenge, überwunden werden konnte, weiter um sich greifen, bis einmal die Gelegenheit zu einer explosionsartigen Entladung gekommen sein wird. Ob dann noch Herr Poincaré an der Spitze der Regierung stehen und als ihr Opfer in den Abgrund stürzen wird, kann man nicht wissen. Soviel aber darf man heute schon mit einiger Gewißheit sagen, daß den Franzosen der Bissen, den sie 1918 verschluckt haben, noch viele Magenbeschwerden verursachen wird.

So empfindliche Leute die Elßässer auch sind und so sehr sie namentlich gegen kränkendes Unrecht zur Wehr zu sehen pflegen, wie es ihnen in dem Prozeß gegen die Männer ihres politischen Vertrauens unter offenbarer Verhöhnung wesentlicher Rechtsgarantien von dem Geschworenengericht in Kolmar angelauft worden ist, in ihrer Abwehr wissen sie sich doch streng an die Gesetze zu halten; ihr spitzer Witz, ihre treuherzige Bosheit versieht den Gegner schon schwer genug zu verwunden. Mit dem Schießen politische Gegenseite auszutragen, überlassen sie Leuten von geringerer Kulturstufe. Etwa den Serben und Kroaten, die ja auch zu den Kriegsgegnern gehörten und gegen Poincaré, der auch seine Verantwortung über diese unerwarteten Enttäuschungen durchaus nicht hinterstaatmännischen Geschletern zu verbergen sucht.

Dr. Sv.

### Anleiheermäßigung des Sächsischen Staates.

Dem Sächsischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugänglich, durch den das Finanzministerium ermächtigt werden soll, zur Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine oder mehrere verzinsliche Anleihen bis zum Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark aufzunehmen. Es sollen hiervon 13 Millionen Mark für Hochwasserschäden, 7 Millionen für den Wohnungsbau, reichlich 10 Millionen für Ausgabewerthealte aus früheren Haushaltssplänen und 29 Millionen für den Bedarf des außerordentlichen Staatshaushalt des Jahres 1928 Verwendung finden.